



Stadt Kamen

Niederschrift

STGF

über die
3. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses
am Dienstag, dem 17.10.2023
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:47 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Mehmet Akca
Frau Alexandra Bartosch
Frau Bärbel Filthaut
Herr Klaus Gödecker
Frau Christiane Klanke
Frau Wiebke Kramer
Herr Oliver Syperek

CDU

Frau Susanne Brzuska
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Frau Birgit Oppel
Frau Helga Pszolka

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Christina Kollmann
Frau Manuela Laßen
Frau Tanja Wronski

FW Kamen

Herr Ulrich Müller

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FDP

Herr Klaus Hößl

Sachverständige

Herr Helmut Brand

Frau Daniela Brock
Frau Petra Jung
Frau Renate Jung
Herr Heinz Detlef Klafke
Herr Maciej Kozlowski
Frau Silja Poschmann
Herr Manfred Scholz

Verwaltung

Marina Dörmann
Herr Andreas Eichler
Herr Johannes Gibbels
Frau Laura Müller
Herr Axel Sandorf
Frau Hanna Schulze
Herr Jörn Tautz

Gäste

Herr Gerd, Netzwerk Organspende NRW e.V.
Böckmann

Entschuldigt fehlten

Herr Oliver Bartosch
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr
Frau Carina Feige
Frau Gabriele Hartleif-Müller
Herr Norbert Piening
Frau Heike Roß
Frau Kerstin Schneider
Frau Ulrike Skodd
Frau Frauke van Lück
Frau Gisela Windmüller
Herr Jörg Wüster

Frau **Laßen** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen sei.

Frau **Schulze** teilte mit, dass Herr Möwis sich entschuldigen lässt und der Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung verlegt wird. (Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH und Inklusion, Stand der Projekte; Referent Herr Möwis, VKU).

Änderungswünsche zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass die Sitzungen fortan aufgezeichnet werden. Dagegen lagen keine Einwände vor.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	095/2023
2	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses	
3	Verpflichtung des Sachverständigen der Selbsthilfeorganisation Netzwerk Auge Kreis Unna, Herr Walter Görlitz	
4	Organ- und Gewebespenden hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2023	
4.1	Organspenden Referent: Herr Böckmann, Netzwerk Organspende NRW e.V.	
5	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
6	Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
095/2023

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses

Beschluss:

Zu den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses der Stadt Kamen soll folgender weiterer Sachverständige eingeladen werden:

- **Selbsthilfeorganisation Netzwerk Auge Kreis Unna, Oststr. 7, 59174 Kamen**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Verpflichtung des Sachverständigen der Selbsthilfeorganisation Netzwerk Auge Kreis Unna, Herr Walter Görlitz

Frau **Laßen** verpflichtete den Sachverständigen Herrn Görlitz.

Zu TOP 4.

Organ- und Gewebespenden
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2023

Herr **Kemna** verwies auf die letzte Sitzung. Dort wurde das Thema der Organspende bereits kurz angesprochen. Sie möchten auf das Thema aufmerksam machen.

Zu TOP 4.1.

Organspenden
Referent: Herr Böckmann, Netzwerk Organspende NRW e.V.

Zum Thema stellte Herr **Böckmann** anhand einer Präsentation die allgemeine Situation in Deutschland dar. Er erklärte den groben Ablauf einer Organ- und Gewebespende. Sowie die aktuelle Situation der Organspende in Deutschland. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage vor.

Frau **Klanke** bedanke sich für den Vortrag. Sie erfragte den aktuellen Stand der Widerspruchserklärung einer Organspende. Sie würde gerne wissen, ob das Thema des aktiven Widerspruchs nochmals initiiert werde oder es bei dem Zentralregister bliebe.

Herr **Böckmann** teilte hierzu mit, dass er mit Herrn Minister Lauterbach über das Thema bereits gesprochen habe. Herr Lauterbach sei nicht bereit das Thema der Widerspruchserklärung seitens seines Ministeriums nochmals auf die Tagesordnung des Bundestages zubringen. Der nächste Antrag müsse aus dem Bundestag selbst kommen.

Herr **Fuhrmann** bedankte sich ebenfalls für den Vortrag und äußert Lob an Herrn Böckmann. Er erfragte, ob alle anderen Länder, welche statistisch mehr Organspenden haben als Deutschland, die Widerspruchslösung haben.

Herr **Böckmann** bejahte dies.

Frau **R. Jung** erfragte, ob die Präsentation zur Verfügung gestellt werde.

Herr **Böckmann** bejahte dies.

Frau **R. Jung** erkundigte sich, inwiefern auch chronisch kranke Menschen als Organspender infrage kämen.

Herr **Böckmann** erklärte, dass natürlich erkrankte Organe nicht gespendet werden können. Jedoch kann jede Krankheit auf dem Organspendeausweis vermerkt werden. Es werden beispielsweise aktuell Studien durchgeführt, wo Menschen, welche HIV Positiv sind, Organe an Empfänger spenden, welche ebenfalls HIV Positiv sind. Somit sei eine chronische Krankheit keine Ausschlusskriterium.

Frau **R. Jung** bedankt sich für die Informationen.

Herr **Hößl** erfragte, ob es auch andere Organspendeausweise gäbe. Er kenne nur die Ausweise aus Pappe.

Herr **Böckmann** verwies auf seine mitgebrachten Infomaterialien. Dort liegen auch Organspendeausweise aus Plastik bei. Diese dürfen gerne mitgenommen werden.

Frau **Schulze** fügte hinzu, dass die Kommunikation mit Angehörigen sehr wichtig sei.

Frau **Wronski** erfragte, was alles als Einwilligung zähle. Es gäbe auch Organspende Tattoos.

Herr **Böckmann** wies darauf hin, dass der schriftlich ausgefüllte Ausweis immer noch die eindeutigste Einwilligung sei, da dies rechtsverbindlich sei.

Frau **Schulze** wies auf Herrn Böckmanns Angebot hin, dass er bei weiteren Fragen gerne zur Verfügung stehe.

Herr **Böckmann** bejahte dies.

Frau **Laßen** bedankte sich abschließend für den Vortrag bei Herrn Böckmann.

Zu TOP 5.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **R. Jung** verwies auf Frau Schmand vom Kreis Unna. Der Kreis Unna ist Modellkreis für Inklusion. Hierzu erfragte Frau R. Jung, ob es möglich sei, Frau Schmand in regelmäßigen Abständen einzuladen.

Frau **Schulze** habe hierzu noch keine neueren Informationen vorliegen, jedoch könne Frau Schmand bei Gelegenheit eingeladen werden.

Zu TOP 6.

Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Frau **Schulze** verwies auf zwei Punkte, welche vorgestellt werden sollen. Hierbei handelt es sich jedoch um keine Anhörung, da die zwei Punkte bereits aufgrund der Dringlichkeit angelaufen sind.

1. Herr **Gibbels** verwies auf die Neugestaltung des Skateparkes am Postpark.

Zum Thema stellte Herr **Tautz** anhand einer Präsentation die Pläne und Skizzen für die Neugestaltung vor. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage vor.

Frau **Schulze** erbat eine kurze weitere Erklärung, wie die Barrierefreiheit in dem Skatepark umgesetzt werde.

Herr **Tautz** verwies auf die Skizze. Das gesamte Areal werde ebenerdig in die Landschaft ein modelliert. Des Weiteren werde das gesamte Areal aus einem Stück gegossen.

Frau **P. Jung** erfragte die Nutzungsbedingungen und ob dort Workshops stattfinden werden.

Herr **Gibbels** verwies darauf, dass es sich um einen öffentlichen Bereich handle. Im Jugendkulturcafe seien Workshops angedacht.

Herr **Tautz** fügte hinzu, dass ein Schild mit Nutzungshinweisen für den Skatepark geplant sei.

Herr **Görlitz** erfragte die Zugänglichkeit für blinde Menschen.

Herr **Tautz** erklärte, dass dies möglich sei. Hierbei wäre es wichtig, dass die Mitnutzer Rücksicht nehmen. Er erfragte Aspekte, welche für blinde Menschen hilfreich seien.

Herr **Görlitz** wies auf Leitlinien hin, damit der Platz für blinde Menschen selbstständig auffindbar sei.

Herr **Gibbels** sagte zu, die Anregung mitzunehmen.

Frau **Schulze** bedankte sich für den Hinweis.

Frau **Filthaut** erkundigte sich nach einer Versicherung bei Verletzung in dem Skatepark.

Her **Tautz** verwies auf die öffentliche Fläche und das Benutzen auf eigene Gefahr.

Frau **Schulze** erfragt, ob es weitere Hinweise oder Einwände gäbe.

Dies war nicht der Fall.

2. Zum Thema Bushaltestellen stellte Herr **Sandorf** anhand einer Präsentation die zwei neu geplanten Bus Cups an dem Kreuzungsbereich Mühlenstraße/ Westicker Straße vor. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage vor.

Die dort geplanten Bus Cups werden auf beiden Seiten barrierefrei zugänglich sein.

Hierzu gab es keine Einwände.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Dörmann** teilte die aktuellen Zahlen der geflüchteten Personen in Kamen mit. Aktuell sind 519 geflüchtete ukrainische Personen und 177 Asylbewerber aus insgesamt 30 Nationen in Kamen. Seit August wurden 34 Personen neu aufgenommen. Diese wurden der Stadt Kamen über die Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen. Die Stadt Kamen sei aktuell bei einer ca. 100%igen Erfüllungsquote.

Herr **Fuhrmann** bedankte sich für die Zahlen und erfragte die Unterbringungskapazitäten.

Frau **Dörmann** verwies auf ausreichende Kapazitäten, auch bei einer Erfüllungsquote über 100%, in den Sammelunterkünften.

Herr **Gibbels** fügte hinzu, dass die Unterbringung der unbegleiteten Minderjährigen deutlich an der Belastungsgrenze seien. Aktuell werden 20 unbegleitete Minderjährige versorgt. Es müssten jedoch 24 Minderjährige sein. Die Versorgung und Unterbringung sei ein generelles Problem.

Frau **Schulze** teilte die geplanten Termine für kommendes Jahr mit.

Folgende Termine sind geplant:

	12.03.2024
	11.06.2024
	05.11.2024

Frau **R. Jung** erkundigte sich nach einer Terminverschiebung, da sie dienstags grundsätzlich verhindert sei.

Frau **Schulze** erklärte, dass der Dienstag ein fixer Termin sei. Die Termine seien bereits gesetzt.

Frau **Wronski** merkte an, dass bei einigen öffentlichen Veranstaltungen keine Sitzplätze mehr zur Verfügung stehen würden.

Frau **Schulze** sagte zu, die Anmerkung mitzunehmen und weiterzugeben.

Herr **Grosch** erfragte den aktuellen Stand der Verausgabung der Gelder des Stärkungspaktes.

Frau **Schulze** legte den aktuellen Stand dar. Die Stadtverwaltung sei aktuell auf einem guten Weg, jedoch noch nicht abschließend fertig. In der letzten Sitzung wurde bereits auf die Schwerpunkte hingewiesen.

Diese lägen hauptsächlich bei den Personalkosten. Des Weiteren sei die Anschaffung von weißer Ware noch ein offener Punkt, an welchem gearbeitet werde. Sogenannte Einzelfallhilfen, beispielsweise bei Mietrückständen in spezifischen Fällen befänden sich aktuell noch in der Prüfung. Jedoch werde gehofft, dass am Ende in Summe nicht viele Gelder zurückgezahlt werden müssen.

Im Einzelfall könne noch nichts Konkretes gesagt werden. Sobald der gesamte Prozess abgeschlossen ist, werde versucht ausführlich zu berichten und ein Fazit zu ziehen.

Stand jetzt wurden in Rahmen des Sommerprogramms bei dem Ferien-Zirkus, der Mini-Kamen und bei Tagesfahrten mehr Plätze geschaffen. Das Sommerprogramm Climb wurde in der Eigenbeteiligung unterstützt. Die Aufstockung von Personalstellen unter anderem bei Beratungen wurde ebenfalls intensiviert.

Frau **Dr. Kleinz** bat um die Protokollierung Ihrer Anmerkung aus der vergangenen Sitzung. Sie erfragte warum nur ein Wohlfahrtsverband aufgenommen werde.

- Hierzu berichtete Frau Schulze, dass nur die AWO an die Stadt Kamen herangetreten sei und Interesse bekundet habe. Dies können jedoch alle anderen Wohlfahrtverbände ebenso tätigen. –

Des Weiteren erkundigte sich Frau **Dr. Kleinz**, ob eine ähnliche Kundgebung, wie während des Ukraine Kriegs, geplant sei bezüglich des aktuellen Krieges in Israel.

Frau **Schulze** erklärte, dass die Initiative aus den gesellschaftlichen Gruppen kam und die Stadt Kamen dies lediglich unterstützt habe. Die Stadt Kamen habe im Bezug auf die Partnerstadt Eilat die Israelisch Flagge vor dem Rathaus gehisst. Das Thema beschäftige die Stadt Kamen, jedoch müsse eine Willensäußerung auch aus der Zivilgesellschaft kommen.

Herr **Grosch** fügte hinzu, dass am 18.10.2023 diesbezüglich am Kreishaus Unna eine Mahnwache geplant sei.

Herr **Grosch** erfragte die Anzahl der Zahlfälle bezüglich der Änderung im Wohngeld.

Herr **Eichler** sicherte zu, dass die Zahlen diesem Protokoll zugefügt werden.

- Im Januar 2023 522 Zahlfälle und im Oktober 2023 760 Zahlfälle –

Herr **Grosch** erfragte wann der Work-Shop Wohnen stattfinden und ob es bereits weitere Ideen bezüglich des Sozialen Wohnungsbaus gäbe.

Frau **Schulze** teilte mit, dass dieses Thema in eine der weiteren Sitzungen aufgenommen werde. Der Work-Shop Termin werde geklärt und nachgereicht.

- Hierzu liegen noch keine konkreten Informationen vor. Ein neuer Work-Shop Termin befindet sich aktuell in der Planung. –

Frau **Poschmann** erkundigte sich über den aktuellen Stand der Ehrenamtskarte.

Frau **Schulze** erklärte, dass der Prozess in Vorbereitung sei. Jedoch fehlen hierzu noch die letzten Schritte. Sobald diese abgeschlossen seien, werde über alle Details informiert.

Herr **Görlitz** bezog sich auf seine Wortmeldung bezüglich des Skateparks. Hierzu stehe er bei weiteren Fragen zur Verfügung.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Laßen
Vorsitzende

gez. Dörmann
Schriftführerin